






Diana Golze

Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 Diana.Golze@bundestag.de

Pressemitteilung

Wenn der Fluss rückwärts fließt

Auf Wunsch der Landesregierung sollen in der Lausitz drei weitere Dörfer der Braunkohle geopfert werden. Nun gut, wir wollen in unserer Energieversorgung unabhängig bleiben, so das Argument. Wir sehen ja gerade, was Russland mit der widerspenstigen Ukraine macht. Drei weitere Tagebaue, das bedeutet auch drei weitere Seen in der Lausitzer Seenplatte – prima. Doch wie füllen? Durch Regenwasser – das reicht nicht. Auch ein Nicht-Lausitzer fängt hier an nachzudenken. Ach natürlich, dann nehmen wir das Wasser aus den Flüssen. Super Idee. Wer sich an die letzten trockenen Sommer erinnert, der weiß, brandenburgische Flüsse hatten Wassermangel. Es fehlt den Flüssen schon seit einigen Jahren das Wasser, das in die Bergbauregionen der Lausitz abgeleitet wird. Dort laufen die riesigen Tagebaulöcher voll. Und so kommt es eben dazu, dass brandenburgische Flüsse stellenweise rückwärts fließen. Weitere Tagebaue führen zu einer ökologischen Katastrophe – nicht nur in der Lausitz.

Darum unterstütze ich das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ und hoffe, dass viele Bürgerinnen und Bürger auch aus nicht direkt von Tagebauen betroffenen Regionen das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützen. Es geht um einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung, bei dem sich Beschäftigungsalternativen in der Lausitz entwickeln lassen. Energiepolitik in Brandenburg muss sich nicht nur auf steigende Energieeffizienz und Energieeinsparung orientieren, sondern in erster Linie auf den wachsenden Einsatz erneuerbarer Energien ausgerichtet sein. Damit können Braunkohle und andere fossile Energieträger ab Mitte dieses Jahrhunderts endlich ersetzt werden. DIE LINKE setzt auf einen ökologischen Mix aus Wind, Bioenergie, Geothermie und Solarenergie.

Noch bis zum 09. Februar kann das Volksbegehren in allen Meldeämtern unterschrieben werden!